



Christopher Becker

Ist der gerichtliche Eigensanierungsrahmen nach dem Gesetz zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen besonders geeignet für die Sanierung mittelständischer Unternehmen?

Eine Untersuchung über die Anreizwirkung des Sanierungsvorbereitungsverfahrens

Schriften zum Wirtschaftsrecht, Band 264

IV, 239 Seiten, 2015

Print: <978-3-428-14456-3> € 79,90

E-Book: <978-3-428-54456-1> € 71,90

Print & E-Book: <978-3-428-84456-2> € 95,90

Mit der Einführung des Sanierungsvorbereitungsverfahrens im Rahmen des Gesetzes zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen verfolgte der Gesetzgeber das Ziel, den Anreiz zur frühzeitigen Insolvenzantragstellung für sanierungsfähige und insbesondere mittelständische Unternehmen zu erhöhen, da in der Vergangenheit selten und häufig verspätet von der Option »gerichtliches Eigensanierungsverfahren« Gebrauch gemacht wurde. Vor diesem Hintergrund geht die Arbeit der Frage nach, ob die verfahrensrechtliche Ausgestaltung des Sanierungsvorbereitungs- und anschließenden (eröffneten) Eigenverwaltungs- und Insolvenzplanverfahrens dazu geeignet ist, dass der Schuldner nunmehr frühzeitig(er) Insolvenzantrag stellt als vor dem ESUG. Bei aufgedeckten Defiziten werden Anpassungen im Sinne eines Reformvorschlages *de lege ferenda* begründet, sofern keine Handlungsempfehlungen zur praktischen Verfahrensgestaltung innerhalb des gegebenen gerichtlichen Sanierungsrahmens Abhilfe leisten können.

Inhalt

Teil 1: Einführung

Gegenstand der Untersuchung — Gang der Untersuchung — Begriffsbestimmungen und Abgrenzungen

Teil 2: Die Stellung des Unternehmens zwischen außergerichtlichem und gerichtlichem Sanierungsrahmen

A. Die Krise als Ausgangssituation

Betriebswirtschaftlicher Krisenbegriff — Insolvenztlicher Krisenbegriff — Ergebnis und kritische Würdigung

B. Verfahrensalternativen zur Überwindung der Krise

Überblick über die außergerichtliche Sanierung — Überblick über den gerichtlichen Sanierungsrahmen — Vor- und Nachteile der beiden Verfahren

Teil 3: Darstellung und Beurteilung der neu geschaffenen Anreizmechanismen durch das ESUG

A. Die Eigenverwaltung als Anreizinstrument

Kritikpunkte vor Einführung des ESUG — Änderungen durch das ESUG — Bewertung der Neuregelungen

B. Das gesetzlich geregelte Vorschlagsrecht für das Amt des (vorläufigen) Sachwalters als Anreizmechanismus

Kritik vor Inkrafttreten des ESUG — Die Regelungen zur Auswahl des Verwalters nach dem ESUG — Zur Anreizwirkung des besonderen Vorschlagsrechts

C. Zum Abbau von Rechtsmittelblockaden im Planverfahren

Allgemeine Kritik vor Einführung des ESUG — Der Minderheitenschutz im Planverfahren — Die sofortige Beschwerde gegen die Planbestätigung

D. Auswirkung des ESUG auf die Verfahrenskosten

Allgemeine Kritik vor Einführung des ESUG — Die Verfahrenskosten nach Einführung des ESUG — Auswirkung auf die Anreizwirkung

Teil 4: Thesenartige Zusammenfassung

Literatur- und Stichwortverzeichnis